

Antragsbereich INI / Antrag 1/II/2023

AntragstellerInnen: Jusos München

Empfänger: Unterbezirksparteitag

Landesparteitag Bezirksparteitag

1/II/2023: Flucht und Asyl, aber sicher!

1 Wir lehnen den "Kompromiss" ab, den der EU-Ministerrat zu Asylverfahren in
2 Europa beschlossen hat. Wir verstehen die Bemühungen zu einer für die Staaten
3 an den Außengrenzen der EU besseren Regelung zu kommen, da sie unter
4 dem bisherigen System oft mit der Aufnahme der Geflüchteten allein gelassen
5 werden. Der "Kompromiss" ist dafür aber kein taugliches Instrument, da dies
6 nicht zu einer wirksamen Entlastung führt und gleichzeitig die europäischen
7 Werte und die Menschenrechte verrät. Er führt zu einer Verschlechterung der
8 Situation Geflüchteter und versucht vergeblich rechtsgerichtete Regierungen in
9 Europa durch Anpassung hinterher zu laufen.

10

11 Konkret kritisieren wir insbesondere die Schnellverfahren an den EU-
12 Außengrenzen: Schon heute gibt es keine einheitliche rechtliche Situation
13 noch einheitliche Standards in allen Staaten der EU zur Prüfung auf Asyl. Viele
14 Bescheide des BAMFs (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) werden von
15 Gerichten revidiert. Es ist zu erwarten, dass die Prüfungen an den Außengrenzen
16 in vielen Fällen zum Nachteil der Asylsuchenden ausgehen. Darüber hinaus ist die
17 Unterbringung in Lagern an der Außengrenze haftähnlich, wenn die Geflüchteten
18 diese nicht in Richtung der EU verlassen dürfen.

19

20 . Von der Flucht oftmals traumatisiert, sind Geflüchtete damit für Hilfsorganisa-
21 tionen schwer zugänglich. Dies als Verbesserung der Situation darzustellen ist
22 zynisch und unangemessen.

23

24 Ohne eine diplomatische Lösung und Suche nach einem Gespräch mit den Staa-
25 ten in West und Zentralafrika, ist auch die Idee eines schnellen Asylverfahrens
26 an den EU Grenzen bereits jetzt zum Scheitern verurteilt, wenn die Menschen,
27 die Asyl nicht bekommen, nicht zurückreisen können. Die sichere Rückreise ist
28 in dem Fall nicht möglich, weil es keine Einigung mit den Herkunftsländern und
29 Transferländern (wie die des Westbalkans) gibt. Dies wird nur zu ähnlich elenden
30 Zuständen wie in Moria führen.

31

32 Unabhängig davon sieht der Kompromiss vor, dass bei abgelehnten Asylanträgen
33 auch eine Abschiebung in Drittstaaten möglich sein soll. Hierfür sollen Abkom-
34 men mit vermeintlich sicheren Drittstaaten geschlossen werden, Abschiebungen

35 werden damit erleichtert und wahrscheinlicher und gleichzeitig unsicherer und
36 gefährlicher.

37

38 Das Recht auf Asyl ist ein individuelles Recht. Basierend auf der Herkunft, die
39 Erfolgswahrscheinlichkeit zu beurteilen, widerspricht der Idee, jede individuelle
40 Situation einzeln zu prüfen.

41

42 Der Aussage der Bundesregierung, dass dies für Geflüchtete aus Syrien oder
43 Afghanistan nicht gilt, wird von vielen NGOs widersprochen: Wenn Menschen
44 über sichere Drittstaaten fliehen – was fast immer der Fall ist – können die
45 Mitgliedstaaten laut dem Text des Kompromisses entscheiden, diese Men-
46 schen in die Grenzverfahren aufzunehmen. Hochproblematisch ist auch, dass
47 die Definition sicherer Drittstaaten zukünftig in die Entscheidungsmacht der
48 Nationalstaaten übergehen soll. Das wird zur Folge haben, dass gerade die
49 Staaten an den EU-Außengrenzen Probleme in den Drittstaaten ignorieren
50 und diese als "sicher" deklarieren werden, um Asylsuchende in die Grenzverfah-
51 ren zu bringen und um sie im Zweifel auch in Transitländer abschieben zu können.

52

53 Auch der hochgepriesene Verteilungsschlüssel innerhalb der EU läuft ins Leere,
54 wenn sich einzelne Mitgliedstaaten freikaufen können. Durch die Ausgleichszah-
55 lungen wird die Nicht-Unterbringung von Geflüchteten zum marktwirtschaftli-
56 chen Gut innerhalb der Europäischen Union.

57

58 Unabhängig von den konkreten Problemen des Kompromisses ist es vor allem
59 die generelle ideologische Ausrichtung, die ihm zugrunde liegt, die höchst pro-
60 blematisch ist: Der Beschluss des Ministerrats verstärkt die Festung Europa und
61 trägt zu einer weiteren Abschottung bei. Flucht wird weiterhin kriminalisiert,
62 das Sterben im Mittelmeer findet weiterhin kein Ende und Fluchtrouten werden
63 weiterhin unsicher bleiben.

64

65 Den Anstieg der rechts-populistischen Parteien in der EU unterbindet man nicht,
66 indem man die Politik und Rhetorik dieser Parteien in den eigenen Beschlüssen
67 und Reformen umsetzt. Es schleicht sich der Eindruck ein, dass die Regierungen
68 unbedingt eine Reform vor der nächsten Europawahl umsetzen möchten, damit
69 man in einem Jahr sagen kann, man hätte die Anzahl der Asylsuchender gesenkt
70 – aber um welchen Preis? Um den Preis, dass man mit dem Leben der Tausenden
71 von Menschen pokert und die eigene „Werte“ und Rechtsprinzipien für nichtig
72 erklärt. Das höchste Ziel der Regierungen der EU und der Institutionen der EU, um
73 ihre sogenannten humanistischen Werte wieder glaubwürdig zu machen, sollte
74 ein Vision Zero (Null Tote an den EU-Grenzen) für das Mittelmeer und eigene
75 Grenzen sein.

76

77 Unsere Asylpolitik muss auch einen besonderen Fokus auf den Schutz der Kin-

78 derrechte haben. Kinder erleben in den Krisen Traumatisierung und verlieren
79 ihre Lebensgrundlage. Mit der UN-Kinderrechtskonvention haben sich fast alle
80 Staaten weltweit auf den Schutz von Kindern geeinigt. Aus diesem Grund ist es
81 mehr als wichtig dass die Mitgliedsstaaten der EU sich für den Schutz der Kinder,
82 besonders auf ihren Grenzen einsetzen, die internationale Vereinbarungen
83 einhalten und die finanziellen Mindeststandards für die Humanitäre Missionen
84 für Kinderschutz sichern (der Bedarf ist weltweit nur zu 43% gedeckt).

85

86 Wir begrüßen, dass der Münchner Stadtrat bereits in der Vollversammlung
87 am 29.09.2021 die Erklärung europäischer Städte von Palermo bestätigt hat.
88 Diese Erklärung hat schon damals die anstehenden Entwicklungen antizipiert
89 und sich politisch klar dagegen gestellt. München ist sicherer Hafen und ist
90 weiterhin bereit, Geflüchtete aufzunehmen und gut in die vielfältige und bunte
91 Stadtgesellschaft zu integrieren.

92

93 Wir fordern die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Bundesregierung
94 auf, sich im anstehenden Trilog gegen die Ratifizierung dieses Kompromisses
95 einzusetzen. Außerdem fordern wir konkret:

96

- 97 • Das Recht auf Asyl muss individuell geprüft werden, die Herkunft darf dabei
- 98 keine Rolle spielen
- 99 • Keine Lager an den Außengrenzen
- 100 • Keine Abschiebung in Drittstaaten
- 101 • Strenge Prüfungen der Anerkennung von Staaten als sichere Drittstaaten und
- 102 Entscheidungen darüber gemeinsam in der europäischen Union
- 103 • Eine faire Verteilung in Europa, aus der sich niemand freikaufen kann
- 104 • Es braucht endlich sichere Fluchtrouten sowohl über Land als auch über Was-
- 105 ser. Das Sterben muss endlich ein Ende haben
- 106 • Die von der Bundesregierung bereitgestellten Mittel müssen endlich an Initia-
- 107 tiven der privaten Seenotrettung fließen

108

109

110

111

112